

19. Juni 2015, 02:12 Uhr

Startschuss für Runden Tisch zum «Radikalenerlass»

Stuttgart (dpa/lsw) Mehr als vier Jahrzehnte nach dem sogenannten «Radikalenerlass» beschäftigt sich erstmals die Landespolitik mit den damaligen Berufsverboten. Auf Einladung von Grünen und SPD im Landtag treffen sich Politiker und Betroffene heute zu einem Gedankenaustausch.

Mit Hilfe des 1972 eingeführten Erlasses versuchte der Staat, als verfassungsfeindlich verdächtige Staatsdiener oder Bewerber aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen. Manche der vermeintlichen Staatsfeinde fanden keinen vernünftigen neuen Beruf und leben deshalb heute in Altersarmut.

Die Initiative «40 Jahre Berufsverbote», die elf Betroffene aus dem Südwesten und einen aus Bayern an den Runden Tisch entsendet, fordert für diese Entschädigung und eine generelle Entschuldigung von der Landesregierung. Nach den Worten des Mitinitiators und Grünen-Abgeordneten Uli Sckerl ist auch eine wissenschaftliche Aufarbeitung des Themas geplant.

[Initiative zu Berufsverboten](#)

Sie haben Fragen? Gerne helfen wir Ihnen weiter. Schreiben Sie uns eine Mail oder rufen Sie an:

Mail zeitung@stimme.de **Telefon** 07131 615-615

